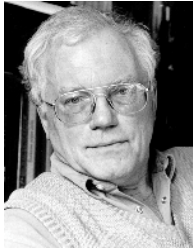

FORUM: Gewerkschaften

Arno Klönne: Eine lernende Organisation - hoffentlich



Prof. Dr. Arno Klönne, geb. 1931 in Bochum, Studium der Soziologie, Geschichte und Politikwissenschaft in Köln und Marburg, ist Sozialwissenschaftler mit historischem Schwerpunkt, Autor von Standardwerken über die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, seit Jahrzehnten Mitarbeiter in der gewerkschaftlichen Bildung, einer der Herausgeber der Zweiwochenschrift „Ossietsy“.

Welche Zukunft haben die Gewerkschaften? Vielleicht sollte man diese Frage ein bisschen zuspitzen: Haben sie überhaupt eine? Wenn jemand über einhundert Jahre alt geworden ist und noch einigermaßen rüstig dasteht, bedeutet dies noch keine Bestandsgarantie für die nächsten hundert Jahre. Gewiss gibt die Einsicht in die Struktur einer kapitalistischen Gesellschaft denjenigen, die auf eine Zukunft gewerkschaftlicher Organisation hoffen, die tröstende Gewissheit: Solange sich das unternehmerische Interesse an möglichst profitabler Kapitalverwertung und das Interesse der ArbeitnehmerInnen an möglichst günstigen Lohn- und Arbeitsbedingungen konfliktuell gegenüberstehen, wird sich der Impuls zur kollektiven Interessenvertretung auf der Seite der abhängigen Arbeit nicht verflüchtigen. Aber das sagt noch nichts aus über die Art und Weise der Organisation und nichts über die gesellschaftliche Handlungsfähigkeit der Assoziation von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen. Im Einzelfall, so lässt sich vermuten und auch beobachten, ist ein Kapitalismus ohne gewerkschaftliche Gegenmacht denkbar und auch vorfindbar. Wer nicht will, dass dies zur Regel wird, muss sich einmischen - mit Energie und Phantasie.

Ende des gewerkschaftlichen Konsenses

In der Bundesrepublik Deutschland lässt sich die gegenwärtige Situation der Gewerkschaften nur mit gemischten Gefühlen betrachten: Die Organisationsstärke der im DGB zusammengeschlossenen Verbände ist, im internationalen Vergleich betrachtet, nach wie vor höchst beachtlich, trotz der Schwierigkeiten, Nachwuchs zu gewinnen, und trotz hoher Arbeitslosigkeit. Andererseits: Die Grundlagen für den sehr beachtlichen arbeits- und sozialpolitischen Einfluss, den die Gewerkschaften in der Alt-Bundesrepublik hatten gewinnen können (und von dem heute noch die inzwischen gesamtdeutsche Sozialstruktur mitgeprägt ist), sind brüchig geworden. Um diesen riskanten Wandel kurz in Erinnerung zu bringen: Der weitreichende gesellschaftliche Konsens darüber, dass sozialstaatliche Verhältnisse der Demokratie und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit gut bekommen - ein Kennzeichen der deutschen Entwicklung nach 1945 -, besteht nicht mehr. Die unternehmerische Bereitschaft zu Konzessionen an die Gewerkschaften befindet sich im Abwärtstrend - bei einer wachsenden Fraktion der Repräsentanten von Kapitalinteressen hat es sich ausgepartnet. Die Montanindustrie, einst Hort der Arbeitnehmermitbestimmung, ist keine Schlüsselbranche mehr. Was das Parteiensystem angeht, so können die Gewerkschaften mit einer grundsätz-

lichen Zuneigung der Sozialdemokratie nicht mehr rechnen, und in den Unionsparteien sind die Gewerkschaftsfreunde rar geworden. Hinzu kommt: Der Außendruck in Richtung auf sozialstaatliche Politik, den die „Systemkonkurrenz“ im Osten gegen Westen ausübte, ist entfallen.

Und vor allem: Weshalb sollten Kapitalstrategien, die auf gewinnträchtige Anlagen im internationalen Finanzmarkt und auf Erfolg an der Börse ausgerichtet sind, auf den „Sozialstandort“ noch Rücksicht nehmen? Der so genannte Rheinische Kapitalismus war kein Geschenk an die ArbeitnehmerInnen, und er hatte keineswegs idyllischen Charakter, aber den Gewerkschaften war es gelungen, ihr Gewicht in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen auf einen bis dahin nicht gekannten hohen Stand zu bringen. In der Zeit der Kanzlerschaft von Helmut Kohl begann der Abbruch gewerkschaftlicher Errungenschaften, schrittweise zunächst, und er hat sich unter dem Kanzler Gerhard Schröder fortgesetzt. Ohne Zweifel war der Einstieg in ein kapitalgedecktes Rentensystem eine Niederlage für die gewerkschaftliche Gesellschaftspolitik, und nicht anders verhält es sich jetzt bei den Einschnitten in das soziale Netz für Arbeitslose, ebenso bei den Plänen einer teilweisen Privatisierung der Krankheitskosten. Auch die staatliche Beihilfe zur unternehmerischen Niedriglohnpolitik wirkt auf die Schwächung der Gewerkschaften hin.

Was in der Alt-Bundesrepublik kaum denkbar gewesen wäre, ist inzwischen selbstverständliche Realität: Unentwegt stellen prominente Politiker die Gewerkschaften als lästige Hindernisse gesellschaftlicher Entwicklung dar, die beiseitegeräumt werden sollen; bis hin zu der Formulierung des Friedrich Merz, wer „einen Sumpf austrocknen“ wolle, dürfe dabei „nicht die Frösche fragen“.

Die Legende, wirtschaftliches Wachstum und neue Arbeitsplätze seien nur zuwege zu bringen, wenn die Löhne gesenkt, Sozialausgaben minimalisiert und zugleich die Unternehmen noch mehr von Steuern entlastet würden, gilt einem erheblichen Teil der veröffentlichten Meinung derzeit als unanfechtbare Wahrheit, und es ist nicht verwunderlich, dass die Gewerkschaften damit in eine Lage kommen, in der sie sich bald für ihre bloße Existenz entschuldigen müssen. Handelt es sich bei alledem um einen epochalen Umschwung im Gesellschaftsverständnis, der „Naturgewalt“ hat? Um eine Wende hin zum „Neoliberalismus“ (ein sehr ungenauer Begriff!), der die Gewerkschaften ohnmächtig ausgesetzt waren und sind? Oder um einen unentrinnbaren Zwang der „Globalisierung“ und der „Standortkonkurrenz“, dem gegenüber die Gewerkschaften nur den Versuch machen können, sich zu ducken und ihr Organisationsgerüst zu retten? Oder um beides gleichzeitig und einander bedingend?

Wer die Dinge so versteht, fasst die Gewerkschaften nur als ein Objekt der Geschichte auf. Aber sie sind Subjekt, sie können eingreifen, selbst gestalten, Trends verändern. Sie können allerdings auch Fehler machen oder folgenreiche Unterlassungen begehen; und von dieser Möglichkeit haben sie reichlich Gebrauch gemacht.

Fehlende gewerkschaftliche Konzepte

Spätestens seit den 1980er-Jahren war nicht mehr zu verkennen, dass die bis dahin praktizierte Sozialordnung der Bundesrepublik in eine Krise geraten würde; die Finanzierungsprobleme der Systeme sozialer Sicherung traten nicht erst mit dem Beitritt Ostdeutschlands auf. Offensichtlich wurde auch, dass der Anteil der Lohn- und Massenkonsumsteuern bei der Aufbringung der Mittel für die öffentlichen Haushalte immer größer, der Anteil der Steuern

aus Kapitaleinkünften immer geringer wurde, also eine Umverteilung nach oben in großem Stil in Gang gekommen war. Zu erkennen war auch, dass der wirtschaftliche Spielraum für die arbeitsintensiven Klein- und Mittelbetriebe schmaler würde, während das große Kapital erweiterte Spielräume im internationalen Finanzgeschäft, bei Fusionen, Börsengängen und Spekulationen bekam - ohne größere Beschäftigungseffekte. Und schließlich zeichnete sich deutlich ab, dass der Wirtschaftsstandort Bundesrepublik nicht durch einen Mangel an Exportchancen, sondern durch die Schwäche der Binnennachfrage belastet würde. Dies war eine Situation, in der die Gewerkschaften offensiv eine große öffentliche Debatte über die wirtschafts- und sozialpolitischen Weichenstellungen für die Zukunft der deutschen Gesellschaft hätten anzetteln müssen - und in der sie an den Interessen der Arbeitnehmerbevölkerung orientierte Alternativen hätten einbringen können: Ausweitung und Neuordnung der finanziellen Grundlagen für die sozialen Sicherungssysteme, ohne den kollektiv-solidarischen Charakter derselben anzutasten; steuerliche Inpflichtnahme der Gewinner am Finanzmarkt; angemessene Besteuerung von Kapitaleinkünften; Bemessung des Beitrags zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben an der jeweiligen Kapitalrendite und nicht an den unterhaltenen Arbeitsplätzen; Lohnzuwachs als Antrieb für die Binnennachfrage.

Ganz zweifellos wären solche gewerkschaftlichen Konzepte konfliktträchtig gewesen - nun haben die Gewerkschaften, die damals untätig blieben, den Streit verspätet auszutragen, aus der Defensive heraus, als „Besitzstandsbewahrer“ diffamiert.

Der Gedanke liegt nahe, dass die jahrelange gesellschaftspolitische Zurückhaltung der deutschen Gewerkschaften auch durch die Hoffnung verursacht war, eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung werde schon alles - oder doch das Wichtigste - im Sinne der ArbeitnehmerInnen richten. Diese Erwartung war naiv, sie hat den Wandel der Sozialdemokratie ebenso wenig zur Kenntnis genommen wie die Funktionsweise einer parlamentarischen Demokratie unter kapitalistischen Bedingungen. Den zweiten Punkt betreffend: Der Druck wirtschaftlicher Macht auf das Regierungshandeln ist in aller Regel erfolgreich, wenn ihm nicht Gegendruck mit außerparlamentarischem Fundament entgegensteht. Soziale Sicherung und Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen sind historisch nicht durch Regierungsbeteiligung und Ministerämter zustandegebracht worden, sondern aus der gesellschaftlichen Opposition heraus, gestützt auf soziale Bewegungen; exemplarisch ist das in der Ära Bismarck und in der Ära Adenauer zu erkennen. Diese Bemerkung soll keine Aufforderung zu parlamentarischer oder regierungspolitischer Enthaltensamkeit sein; sie soll vielmehr auf die Verteilung der gesellschaftspolitischen Druckchancen aufmerksam machen. Nicht nur bei der so genannten Reform des Sozialstaates haben die Gewerkschaften allzu lange Selbstbeschränkung geübt, auch bei der Privatisierung bisher öffentlicher Unternehmen und Dienstleistungen haben sie nur leise klagend zugeschaut. Notwendig und möglich wäre eine gewerkschaftliche Offensive für rationelles Wirtschaften, für Entbürokratisierung und zugleich für die Erhaltung des Gemeinwohlprinzips in diesem gesellschaftlichen Sektor gewesen. Schon jetzt zeichnet sich ab, wie sehr der Ausverkauf der Gemeinwirtschaft an privatunternehmerische Interessen, die dabei zumeist noch staatlich subventioniert werden, den sozialen Bedürfnissen der Mehrheit der ArbeitnehmerInnen zuwiderläuft.

Alles in allem also: Gesellschaftspolitisch sieht die Bilanz des Handelns der deutschen Gewerkschaften in der jüngsten Phase ihrer Geschichte nicht gerade erfreulich aus. Außer Betracht bleibt hier das andere, ebenso gewichtige gewerkschaftliche Handlungsfeld, die Tarif- und Betriebspolitik. Auch da mangelt es nicht an Problemen, aber sie sind gesondert zu erörtern. Immerhin sei gesagt: Noch ist es dem „neoliberalen“ Radikalismus nicht gelungen, die Gewerkschaften als kollektive Akteure aus dem Feld der arbeitsvertraglichen

Regelung und der betrieblichen Interessenvertretung der ArbeitnehmerInnen zu verdrängen.

Eine nach vorn weisende gewerkschaftliche Politik wird vor allem auf zwei Herausforderungen antworten müssen: auf die immer weitere Internationalisierung des Arbeitsmarktes und auf die zunehmende Differenzierung in den Arbeitsverhältnissen. „Globalisierung“ ist zu einem Schlag-Wort geworden, mit dem eine lohn- und sozialpolitische Dumpingpolitik ideologisch unterfüttert wird, und die Gewerkschaften sollten nicht auf die Desinformation hereinfliegen, nationalstaatliches Handeln sei heutzutage zur Regulierung im Interesse der Arbeitnehmerbevölkerung gar nicht mehr fähig. Aber Realität ist, dass gewerkschaftliche Politik ins Leere laufen wird, wenn sie nicht vielfältige neue Normen internationaler Kooperation entwickelt und grenzüberschreitend soziale Standards erkämpft. Dies lässt sich nicht allein durch internationales Arrangement auf der Funktionärssebene erreichen, es setzt die Ablösung von national bornierten Denkweisen und Praktiken an der Basis voraus. Da lässt sich einiges von Bewegungen wie attac oder vom Weltsozialforum lernen. Allerdings werden solche Gruppierungen den Gewerkschaften nicht Eigenleistungen an Internationalität ersparen.

Was die neue Vielfalt der Arbeitsverhältnisse angeht, so ist in den Gewerkschaften inzwischen der Abschied von der früher (eher angeblich) „normalen“ Arbeitsbiographie formelhaft nachvollzogen. Aber damit sind noch nicht jene Formen gefunden, in denen gewerkschaftliche Interessenvertretung in der veränderten Arbeitsgesellschaft überzeugend und effektiv geschehen kann. Auch hier hilft das Angebot „von oben“ allein nicht weiter; die Gewerkschaften werden sich öffnen müssen für Initiativen und Experimente, die „von unten“ kommen, die aus der sozialen Erfahrung der Betroffenen hervorgehen, und sie werden auch in diesem Handlungsfeld Kooperationspartner suchen müssen. Das immer noch „Preußische“ in den Organisationsmustern der deutschen Gewerkschaften wirkt inzwischen nur noch hinderlich.

Das Agieren gesellschaftspolitischer Bewegungen und Verbände ist ein ergebnisoffener Prozess; dass aus Niederlagen Lehren gezogen werden können, ist ein abgedroschener, aber darum nicht falscher Satz. Allerdings steht für einen Lernvorgang der Gewerkschaften kein vorgegebenes Curriculum zur Verfügung. Demokratische Gewerkschaften sind Mitgliederorganisationen, sie können sich - zu ihrem Glück - nicht in politische Marketingagenturen verwandeln. Also entscheiden ArbeitnehmerInnen selbst darüber, was aus den Gewerkschaften wird - indem sie Mitglieder werden oder eben nicht; indem sie als Mitglieder aktiv werden oder passiv bleiben; indem sie ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen in der Organisation Geltung verschaffen oder resignieren.

So ganz voraussetzungslos geschieht dies alles nicht, und die Formen, in denen sich gewerkschaftliche Aktivität vollzieht, sind keineswegs eine Nebensache. Der Zukunft der Gewerkschaften kann es nicht gut tun, wenn es in ihnen stickig zugeht, als „atmende“ Organisationen haben sie interessante Aussichten.